

Die Welt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Sonntag, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Welt und Zeit“, unregelmäßig eingehenden Manuskripten ist stets das höchste zu befolgende. Die Redaktion ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ der Arbeitervereine. — Schriftleitung: Post 42/44, Halle a. S., Postfach 100. — Druck: Druckerei des „Volksblattes“, Halle a. S., Postfach 100. — Abonnementpreis: 10 Pfennig. — Einzelhefte: 2 Pfennig. — Zuschriften: Postfach 100, Halle a. S.

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Oktober 1924. **Bezugspreis** monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einzahlung 2,20 Mark mit Beleggeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. **Einzelhefte** 2 Pfennig, im Abonnement 40 Pfennig. **Reklamationsfrist** 14 Tage. — **Druckerei** des „Volksblattes“, Halle a. S., Postfach 100. — **Verlag**: Postfach 100, Halle a. S. — **Postfachkonto** 20318, Erfurt.

Die deutsche Unschuldnote.

Außenpolitische Cölpeleien.

Ein ungläubig dummer Streich der Reichsregierung. • Handelslangerente für die Poincaristen. • Deutschnationale Hintermänner

Der deutsche Außenminister Stresemann vertritt zurzeit auf Vordringen seines Urlaub. Das hindert ihn aber nicht, auch von dort aus, wenn auch ungewollt, die Geschäfte der deutschen und französischen Nationalitäten zu betreiben. Der von den Deutschnationalen geforderte Protest in der Kriegsschuldfrage ist, wie bereits geteilt gemeldet, in London, Paris und Brüssel angebracht worden. Zwar ist die Abweisung eines Briefes bestritten worden, aber es bleibt unübersehbar, daß die Regierung Stresemann von ihrer Ansicht noch nicht abgekommen ist. Die heutigen Berliner Propagandisten müssen mitteilen, daß Stresemann schon in den nächsten Tagen seinen Urlaub abbrechen und nach Berlin zurückkehren wird, um sein den Deutschnationalen verpöndeltes Wort einzulösen. Aus Genf liegt heute folgende Meldung vor:

Genf 9. September. (Eig. Drahtbericht.)

Am Freitagmorgen wurde Gerriot und Mac Donald ein verächtliches Schreiben des Reichsministers Marx übergeben. In diesen Briefen enthielt sich Marx, daß er die Kriegsschuldfrage auf der Londoner Konferenz nicht annehmen werde und daß er es nicht mit sich machen könne, die Deutschen nicht mehr in Deutschland wolle. Man solle diese Absichten nicht missverstehen. Deutschland wolle für seinen Verbrechen-Erfahrungen keineswegs entschuldigen, aber das deutsche Volk betrachte sich als ungeschuldig am Kriege und er, der Kanzler, fühle sich moralisch verpflichtet, diesen Gesinnungsaustausch zu vermitteln, indem er in den allerhöchsten Grade eine solche Erklärung den alliierten Regierungen mitteilen will.

An den amtlichen Berliner Stellen soll auch von der Heberzeugung dieses Briefes angehängt nichts bekannt sein. Wir sind wirklich sehr gespannt, was in der Berliner Wilhelmstraße noch alles bestritten wird. Wie uns von durchaus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist trotz aller Dementis an der Tatsache, daß dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten bereits am Freitag in Genf ein Schreiben des Reichsministers überreicht wurde, dessen Inhalt sich mit der Kriegsschuldfrage befaßt und die Gründe auseinandersetzt, die die Reichsregierung auf der Abwehr die Kriegsschuldfrage aufzurollen, bemerken haben, nicht zu räumen.

Es gibt Menschen, die ein seltenes Talent besitzen, immer im unangenehmsten Augenblicke eine räucherliche peinliche Frage zu stellen. Solange das unheimlich mit einer gewissen Ironie der Hölle geschieht, bezeichnet man solche Unzulänglichkeiten mit dem bekannten Wort: „Ehant terrible“, das entsetzliche Kind. Wo dieser Wagemut an Zeit zur Charakterfestigkeit geworden ist, da gibt es nur ein Mittel, sich gegen diese hässliche aller Eigenschaften zu wehren, indem man solche Empfindungsgruppen einfach isoliert. Ob Stresemann und seine Hintermänner wirklich glauben, daß die Gegenliebe zu ungläubig dumm sei, die Hintermänner der Stresemannschen Propagandisten-Politik nicht zu erkennen? Doch könnte es so sein, es gehört die ganze nationale Weltgeschichte eines Stresemann dazu, um dieses fahnen Manöver zu vollziehen. Was wir zur Kriegsschuldfrage zu sagen haben, ist wiederholt geschrieben. Diese Frage wird nicht durch diplomatische Noten, die nur neue Konflikte in sich bergen, verflucht, sondern das einseitige Urteil wird die geschichtliche Fortsetzung finden. Aber auch nur einseitigen politischen Denkmäler muß einsehen, daß es jetzt der denkbar ungeeignetsten Augenblicke ist, eine Debatte über die Kriegsschuld in Szene zu legen. Absprechen von der Inangriffnahme der Augenblicke würde der Widerruf der in Versailles den beiden Unterabteilungen abgegangenen Kriegsschuldverpflichtung, soweit er von einer unter deutschnationalem Einfluß stehenden Regierung vollzogen wird, die selbst die Mißachtung der kaiserlichen Regierung an der Entschädigung des Weltkrieges in Abrede zu stellen geneigt ist, nie und nimmer von der Sozialdemokratie gebilligt werden können. An anderer unzulässiger Einseitigkeit in der Kriegsschuldverpflichtung kann nicht sein Zweifel sein. Aber halten wir es auch für den Ausdruck toter Siegergewalt, wenn die deutsche Republik für die Sandlungen eines mehrheitlichen Deutschlands verantwortlich gemacht wird, so können wir uns nicht der Ansicht verweigern, daß ein Widerruf der Kriegsschuldverpflichtung im Wege der richtigen Augenblicke der besten Friedenszustand, zu dem sich Europa in fünf langen Nachkriegsjahren durchgerungen hat, mit einem Schlag in den Zustand offenen Konflikts verwandeln, internationale Verbindungen heftig befehlen muß, an denen nicht eine vom Volk nicht autorisierte Regierung mitzuhaben, sondern die bestmögliche Regierung der deutschen Republik, in der „alle Gewalt vom Volke ausgeht“, allein sich zu halten. Das hieße, daß eine solche Antinomie im politischen Leben des alten und neuen Deutschlands begünstigt wäre, die zu einer unerschütterlichen Behauptung der Monarchie und der Republik föhlt mehr berechtigt würde. Die Regierung Marx hätte dann nicht nur die Schuld, einen neuen verhängnisvollen Konflikt provoziert zu haben, auf sich zu laden, sondern auch eine Wiederholung der Frage von der deutschen Schuld vom Jahre 1914 für alle Ewigkeit unmöglich gemacht.

Der deutschnationale Elefant im außenpolitischen Porzellanladen.

Zu dem lächerlichen Streich der Reichsregierung

Stresemann, der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“
Die Schmach der Deutschnationalen nach der Kullerzeugung ist bereits nicht mehr gefüllt, aber schon bekommt unter Volk einen Vorzeichen davon, was es heißt, deutschnationaler Politik zu

treiben. Denn sie sind die intellektuellen Urheber der angelegentlichsten Kriegsschuld-Note, die jetzt in der ganzen Welt Staub aufwirbelt, ohne daß sie den Vätern überhaupt offiziell zugestellt worden ist.

Es ist überhaupt schon mehr als sinnlos, eine Erklärung, die unter dem Druck der Deutschnationalen her mehr als acht Tagen in Deutschland der Öffentlichkeit übergeben wurde und infolgedessen der Weltpresse zugänglich war, nachträglich noch offiziell den alliierten Mächten zu überreichen. Noch sinnloser, und wie möchten sagen verantwortungsloser wäre es, diese Note zu überreichen, obwohl man in Deutschland weiß, daß sie von sämtlichen alliierten Vätern glatt abgelehnt wird und praktisch nur eine Verschlechterung der außenpolitischen Lage Deutschlands ergeben dürfte. Wir sind der Auffassung, und jede verantwortungsbewußte Reichsregierung muß u. E. diese Meinung teilen, daß man keine Note absieht, wenn man im Voraus weiß, daß damit die an sich schlechte Lage noch mehr verschlechtert wird. Die Verschlechterung aber wird eintreten, wenn Deutschland jetzt offiziell die Frage der Kriegsschuld aufrollt. Darüber hat Gerriot in einer ganzen Reihe von Unterredungen der letzten Tage seinen Zweifel geäußert und schließlich hat auch der Vertreter der alliierten Mächte in Berlin in diesem Sinne der Reichsregierung vorstellig geworden.

Warum man unter diesen Umständen überhaupt noch eine Note einreichen will, ist ein Rätsel. Man sollte doch annehmen, daß die Reichsminister mehr zu tun haben als sich über die Absicht zu unterhalten. Wir können solchen Mühen betrachten, wie die offizielle Hebermittlung einer Kriegsschuld-Note im jetzigen Augenblicke, und jeder Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat und der es mit dem Wiederaufbau Deutschlands ernst meint — davon schließen wir die Deutschnationalen aus — muß unsere Auffassung teilen. Infolgedessen hätten wir gewöhnlich, daß der Reichsminister Marx in Erkenntnis der Schwere der Sache, die die offizielle Hebermittlung einer Kriegsschuld-Note entstehen, Text und offen erklärt hätte: die Note wird im Augenblicke nicht abgelehnt. Das wäre seine Pflicht gewesen, denn er ist dafür da, Dummheiten zu vermeiden und nicht Dummheiten in einer Kabinetsitzung zu diskutieren zu lassen. Er hat es als Reichsminister auch nicht nötig, sich von seinen Ministerkollegen die Zustimmung zur Verabschiedung einer Dummheit geben zu lassen, denn daß die Reichsregierung die moralische Verpflichtung, auf die Einladung Mac Donalds in gebührender Form offiziell zu antworten. Sie muß sich dabei bewußt sein, daß durch diese Antwort wieder nichts weiterzukommen, aber auch nichts verschlechtert kann.

Die Wirkung auf Belgien und Frankreich Jede Brücke auf baldige Verständigung abgebrochen.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Antoniogramm“ malte seinem Vater: Wenn die deutsche Erklärung hinsichtlich der Zurückweisung der Schuld Deutschlands am Krieg erfolgen sollte, kann man höher sein, daß sie von den Alliierten ernstlich beachtet wird. Der französische Text auf dieser Antwort ist bereits fertig; Gerriot konnte diesen Text am Samstag den englischen, italienischen und belgischen Delegierten vorlegen. Ministerpräsident Poincaré hat den französischen Text im ganzen angenommen; aber er behält sich vor, eine noch nicht näher festgesetzte Antwort zu erteilen. Belgien will in der Tat zeigen, wie unglücklich die deutsche Protestation wäre, wenn es ist der Ansicht, daß gerade das Gegenteil, in diesem Falle zu sprechen, ihm zu frey. Wenn die französische Antwort wirklich eine solche werden muß, wird die damit verbunden, daß Deutschland nicht mehr werden kann, noch in diesem Jahre in den Völkern eintreten.

Paris, 9. September. (Eig. Radiotelegramm.)

Je länger die Debatte über die heobachtete Kollaborierung der Kriegsschuldnote dauert, desto unangenehmer entwickelt sich die außenpolitische Lage Deutschlands. Auch die Deutschnationalen-Presse beschäftigt sich hiermit. Sie veröffentlicht ohne Rücksicht die amtlichen Erklärungen der deutschen Regierung, aber nicht etwa ohne Kommentare, sondern mit Ergänzungen, die auch in der Vorrede alles andere als freundlich sind. Als Urheber der verabschiedeten Politik betrachtet man rechts und links Stresemann, der teilweise sogar als Antiquar angesehen den Reichsminister bezeichnet wird. So laut der Berliner Korrespondent des „Welt Barren“: Stresemann, der eigentliche Vater der Kriegsschuldverpflichtung, habe Marx nur vorgeschickt. Er sei es auch gewesen, der zwischen dem 25. und 29. August den Deutschnationalen die bestimmte Erklärung abgegeben habe, daß er eine Kriegsschuldverpflichtung mache, wenn die Annahme der Sachverständigenkommission ermöglicht.

Das Sozialisierungsgesetz der Kommunisten.

Von Heinrich Strödel.

Während der Beratungen über das Londoner Abkommen haben die Kommunisten ihren „Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes“ eingebracht, den Genosse Bernmann Müller in einer Gehörtsordnungs-Bemerkung als feindlichen Vorschlag abgelehnt hat. Die kommunistische Forderung brach darüber in lärmende Entrüstung aus, allein dieser Lärm änderte nichts an der Tatsache, daß die Charakteristik des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden genau ins Schwarze traf. Denn dafür, daß die kommunistische Rechtsabteilung einen solchen Entwurf am 18. August des Jahres 1924 einzubringen wagen konnte, gilt es schließlich sein müßte.

Wäre der Entwurf im Anfang des Jahres 1919 eingebracht worden, hätte den Kommunisten noch kein guter Glaube für sich im Anstand nehmen können. Denn damals lagen damals die politischen Verhältnisse in Deutschland noch so, daß möglicherweise eine Volksmehrheit für eine Sozialisierung zustande zu bringen gewesen wäre; und zweitens bestah man damals noch nicht jene Erfahrungen aus Rußland und Ungarn, die heute jeden, ernsthaften und ehrlichen Sozialisierungsplan zugrunde gelegt werden müßten. Der Sozialisierungsentwurf der Kommunisten aus 18. August 1924 aber ist ganz genau zu zusammengeklümpert, als hätten seine Verfasser die letzten fünf Jahre auf dem Monde gelebt, und niemals etwas von dem Vorkommen einer Sozialisierungsmaßnahme gehört, die man freierzeit in Rußland und Ungarn angewendet hat, und von denen man in Rußland selbst längst abgekommen ist.

Es ist unglücklich: alle die Experimente, die in Rußland und Ungarn so schändlich mißglücken, deren Untauglichkeit die Theoretiker und Wirtschaftspraktiker Sowjetrußlands längst selbst eingesehen haben, sollen nun in Deutschland noch einmal durchgeführt werden! Die „Hölle von Dna“, durch die nicht dem Wort von Kadeb das russische Proletariat infolge der falschen Sozialisierungsbestimmungen hindurchgegangen ist, würde nun auch den deutschen Arbeiter und dem deutschen Proletariat bereitet werden, wenn der Entwurf nicht schon wegen der heutigen Machtverhältnisse in Deutschland nur eine lächerliche Nennominierung wäre, eine prahlerische Kraftgebärde, hinter der sich die politische und geistige Ohnmacht des deutschen Kommunismus verbergen zu versuchen sucht.

Der § 1 des kommunistischen Vorschlagsentwurfs erläutert den „Zweck“ des Sozialisierungsgesetzes. Es soll die „Kolonisierung Deutschlands“ durch das „Zaherhandlungen“ Gutes verhindern, alle privaten Spekulationen verhindern, unter Ausnutzung der Staatlichen Sozialistische Sachverhalte durchzuführen, damit die volle Ausnutzung der Produktionskräfte Deutschlands sichern und der sozialen Bereicherung „sicherer Einfluß“ tun.

Schon diese Absätze von der schlechten Verbesserung der Lage der wertigen deutschen Bevölkerung ist triviale Volkstümlichkeit. Denn die Produktionsergebnisse der russischen Sozialisierung be weisen, daß eine solche Sozialisierung auf viele Jahre hinaus eine gewaltige Verminderung der Produktion herbeiführt. Noch heute bleibt der Ertrag der landwirtschaftlichen und erst recht der industriellen Gütererzeugung Rußlands weit hinter der Vorkriegszeit, ja auch der ersten Nachkriegszeit zurück. Was aber nicht produziert wird, kann auch nicht konsumiert werden — die Lebenshaltung der russischen Volksmassen steht deshalb selbst heute noch tief unter der Vorkriegszeit.

Die Tatsache, daß eine Sozialisierung nach russischem und ungarischem Muster — und der Sozialisierungsentwurf fordert viel — die Gütererzeugung für geraume Zeit vermindern und die Lebenshaltung des Proletariats für diese Zeit verfallen lassen muß, wird auch von den führenden Theoretikern des Bolschewismus selbst ganz offen zugestanden. So schrieb Kadeb (Musschke Korrespondenz Nr. 11), daß die Sozialisierung in ihrer ersten Periode die Arbeit des Volkes vergrößern“ müsse. Und diese erste Periode der Arbeit stellt sich Kadeb keineswegs als kurze Lebensdauer vor. „Die sozialistische Arbeiter“, schreibt er, „ist das Werk langer Jahre, während denen das Lebensniveau der Arbeiterklasse nicht höher, sondern tiefer sein wird, als in den kapitalistischen Ländern.“ Auch Prof. Werga, der oberste Wirtschaftsleiter der ungarischen Räterepublik, kommt in seinem Buch: „Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur“ auf Grund kanonischer Erwägungen, als auch besonders seiner praktischen ungarischen Erfahrungen zu dem Ergebnis, daß am Anfang der Diktatur ein weißes Entzünden der Lebenshaltung des Proletariats notwendig ist, und zwar in unvermeidlich ist. Warum diese bevorzogene Autorität des Bolschewismus, beweist diese vollständigste Unvermeidbarkeit mit durchschlagenden Gründen: Der Anstieg des Konsums der früheren herrschenden Klasse erhöhe noch keineswegs den Konsum der Massen. Man könne allenfalls in die Wohnungen der Reichen Proletariats einquartieren, aber dadurch befehle man nur einen Bruchteil des Wohnungsbedarfs. Das Proletariat braucht zur Erhaltung seiner Lebenshaltung in erster Linie Lebensmittel, dann gewisse Stoffe, die für die Produktion unvermeidlich sind: Wasser, Elektrizität, Baumaterial. Durch die Entlastung der Produktionsmittel, durch die Expropriation des arbeitenden Einkommens wird der für die Arbeiterklasse verfügbare Konsum an diesen Gütern um kein Stück vermehrt. ... Es

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Von Eugen Praeger.

In ihren Beschlüssen gegen die Arbeitszeit haben die Arbeitgeberverbände den meisten Erfolg abgesehen, während die Gewerkschaften in Deutschland, die den Weg zum Arbeitsaufbau von Volk und Wirtschaft ebnen soll. Falls das deutsche Volk so weit vertriebt, erneut in den Reihen des schmachvollen Schlachtfeldes zurück, so werde die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sein, irgendeine Reparationspflichtungen zu tragen. Wenn die Arbeitgeberverbände dem deutschen Volk reden, so kann man sicher sein, daß sie darunter sich selbst verstehen. Wie die Unternehmer sich für die "Eräger der Wirtschaft" halten und die Arbeiter als "Geld" behandeln, so ist der Begriff des Volkes ihnen ganz unbekannt. Das Volk ist nach ungenügender Ausbeutung der Allgemeininteressen zu verbergen. Sind das alles bekannte Dinge, so erlaube man uns so mehr darüber, daß die Arbeitgeberverbände sich jetzt so besorgt um die Ausfüllung der Reparationspflichtungen zeigen, was es nicht die Waffe der Unternehmer, die es bisher nur passiv verhielt, hat, daß Deutschland durch Abtragung seiner Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege wieder zu politischer Selbständigkeit und wirtschaftlichem Aufstieg komme?

Die Schrift der deutschen Arbeitgeberverbände acht von der Behauptung aus, daß der schmachvolle Niedergang der Produktion von 70 Prozent verringert habe; die deutsche Wirtschaft arbeite heute auf drei Viertel ihrer Basis der Vorkriegszeit und müsse annehmend die gleiche Volkswirtschaft wie früher ertragen. Die Produktion sei einer Vervielfachung, die das Ausland nicht umwägen könnte. Die heute im Reich der Reparationspflichtungen zu tragen, das Schicksal des Vorkriegsstandes an öffentlichen Ausgaben aufzubringen, das Doppelte an Soziallasten, das Doppelte an unproduktiven Lasten, das Zwei- und Dreifache an Steuern, das Mehr als Zweifache an Zinsen und dazu ungenügende Lohnsumme von der Arbeitgeberverbände. Die Erfüllung der Reparations- und Produktionspflichtungen, die Aufbringung der Verbrauchs- und Verschleißkosten für die Reparationen sind auf der deutschen Wirtschaft hängen. Daran ergebe es sich, daß die Arbeitseinstreife keine politische, sondern eine wirtschaftliche Frage sein müßte. In diese Richtung schließt sich jetzt weitere Schlußfolgerung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit seit dem Ende des verlorenen Krieges bereits die günstigsten Ergebnisse für die Produktion erzielt hätte, daß der Mehrerwerb, den die von der Arbeitseinstreife getragenen Arbeiter erzielen, ihnen selbst und der Wirtschaft zugute käme und hauptsächlich von den Arbeitgebern zu ziehen. Wenn gegen die Verlängerung der Arbeitszeit behauptet wird, daß vor dem Kriege festgestellt worden, daß die Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiter ebenso wie den Unternehmern Vorteile brachte, das gelte aber für die Verlängerung von 12 auf 10 Stunden, dagegen habe es sich um 10 Stunden für die Verlängerung auf 8 Stunden und insbesondere für die deutsche Wirtschaft der Verlust des Krieges und der Nachkriegszeit umfassen, den Arbeitsentgelt allgemein durchzuführen. Bisher sei die deutsche Arbeitseinstreife dem deutschen Volk und den Völkern dafür schuldig geblieben, daß sie in 8 Stunden das gleiche leisten würde wie vor dem Kriege in längerer Arbeitszeit, also nicht so lange arbeiten, daß "durch unserer Hände Arbeit" der Bedarf für die innere Versorgung und für die Lebenshaltung aufgebracht und der größte Teil des gesamten Arbeitsentgeltes neben der Verzinsung und Amortisation von Auslandsläusen abgeführt werde.

Wieder der Behauptung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit durch den Arbeiter hinter dem letzten Kriegsjahre zurückgefallen sei, wurde aus der Arbeitszeit nicht bestritten. Was aber die Arbeitsentgelt daran schuld? Auch mit sich selbst gestellt, indem die Durchführung des Achtstundentages im Jahre 1910 ein Ergebnis der Verlängerung der Arbeitszeit und Person weniger hat; die tägliche Produktion der Arbeitszeit betrug also nur wenig mehr als eine Stunde. Berücksichtigt man, daß von der Einführung des Achtstundentages die bis dahin unorganisierten Arbeiter den größten Vorteil hatten, während die organisierten Arbeiter den größten Schaden erlitten, so ist die deutsche Wirtschaft entscheidenden Industrien betroffen sind, schon vor längerer Arbeitszeiten hatten, so kommt man zu dem Schluß, daß gerade in den wichtigsten Teilen der deutschen Wirtschaft die durch den Achtstundentag erreichte Erhöhung der Arbeitszeit kaum eine Stunde pro Arbeiter im Jahre 1910 bis 1914 über den Vorkriegsstand der Produktion um 30 Prozent betrug? Und wenn nicht der Achtstundentag war an dem Niedergang der Produktion schuld, sondern ganz andere Faktoren müßten dafür verantwortlich gemacht werden. Eine der wichtigsten Ursachen des Produktionsrückganges bildet die Vernichtung der Antriebskräfte der Erzeugnisse im Produktionsapparat und in der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft, die noch jahrelang nachwirken, die in der Inflationsperiode sogar noch verstärkt wurden. Dazu kam die Vernichtung der Rohstoffe und die Vernichtung der Förderanlagen im Bergbau. Die "Arbeitszeit-Debatte" hatte, das bekannte Unternehmern, bildeten den Maßstab für die Arbeit, daß im Bergbau ein ungeheurer Rohbau betrieben worden sei und daß eine Beförderung sei eintritt, wenn sehr kostspielige Erneuerungsanlagen ausgesetzt seien. Zu der mangelhaften Versorgung der Industrie mit Kohlen kam die Vernichtung der Maschinen, die ungenügende Versorgung mit Rohstoffen und die Vernichtung der Rohstoffe und schließlich der Mangel an Zwischenprodukten, der demnach auf die Kriegsinflation einwirkte. Am "Wiederbau", Nr. 9, Jahrgang 1923/24, machte Dr. von Siemens den Selbstmangel, die ungenügende Versorgung und die Vernichtung der Rohstoffe als die wichtigsten Ursachen der Vernichtung der Fertigfabrikation verantwortlich. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die deutsche Volkswirtschaft durch den Krieg ein Fünftel bis ein Viertel der erwerbsfähigen Männer verloren hat.

In diesen objektiven Ursachen für den Niedergang der Produktion in der Nachkriegszeit kommt die Wandlung der Phase des deutschen Unternehmertums. Die deutsche Industrie hatte nach dem Kriege auf dem Weltmarkt mit Konkurrenzbedingungen zu rechnen, wie sie ihr ähnlich niemals vorher gehabt hatte. Auf dem Auslandsmarkt hatte sie überhaupt keine Konkurrenz, fast ein Geschäft lang überließ die Nachfrage das Angebot, die Produzenten konnten den Annehmern die Preise und die Zahlungsbedingungen, ohne Widerstand zu finden, diktieren. Der Stachel der Konkurrenz blieb also aus, nicht die am besten eingerichteten, sondern die rückständigen Unternehmungen bildeten den Maßstab für die Arbeit, die die besten unternehmen und organisatorischen Fertigkeiten der deutschen Wirtschaft. Inproduktive Zwischenarbeiten konnten sich in Masse zwischen Produzent und Verbraucher einschleichen, die Gesamtwirtschaft wurde mit einer außerordentlich unproduktiven Arbeit belastet, die auf die Produktion der Waren, die die Verbraucher zu kaufen, auszubringen, ohne Vorzüge für künftige Zeiten zu treffen. Nach dem Vorbilde von Stimmes wurde nicht die technische Entwicklung gefördert, sondern man suchte sich der Konjunktur spekulativ anzupassen. Die Konjunkturschwünge wurden nicht akkumuliert, die höchsten in unproduktive Sachverwendung. Auch die Preispolitik der Kartelle und Syndikate lieferte die Entwicklung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg. Die Preispolitik ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die deutsche Wirtschaft immer unproduktiver arbeitete als die anderen westlichen Volkswirtschaften, insbesondere die amerikanische.

Auch die Preispolitik der Kartelle und Syndikate lieferte die Entwicklung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg. Die Preispolitik ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die deutsche Wirtschaft immer unproduktiver arbeitete als die anderen westlichen Volkswirtschaften, insbesondere die amerikanische. In seiner 1923 erschienenen Schrift "Erhebung der Sachwerte und Reparationsproblem" schreibt der frühere Reichler Statistiker Alfons Dörten darüber:

Man bedient sich genau wie zum Ende des Weltkriegs und im Jahre eines geringen Sachwertes und fand es bequemer, bei zurückgehendem Gewinn die Preisstrafe etwas auszuweichen, als durch festgesetzte und unbewegliche Preisbindungen zu befehlen. Wie vorher im Laufe der Zeit diese Bindungen für unsere Wirtschaft ein Hindernis und ein Schaden aus sich selbst heraus entstanden, erst seit einer Zeit von 6000 bis 7000 pro Arbeiter. Der Durchschnitt

der Leistung in den deutschen Zementwerken ist dagegen nur etwa 1000 kg pro Arbeiter. Es wird also infolge der veralteten Einrichtungen und des unproduktiven Betriebes der gleiche Arbeiter nur ein Drittel eines modernen Arbeiters leisten und der Verkaufspreis gesteigert. Anstatt nun die unterrichteten Werte voll zu betreiben und die alten Fabriken zu schließen, wird unter ungeheurer Verschwendung von Material, besonders Kohlen, ein höchstens ein Drittel des durch das Geschäft auf alle Werke gleichmäßig nach ihrem Arbeitsverhältnis vorgenommen, so daß jedes Werk nur mit einem Bruchteil seiner Leistung beschäftigt ist. Der Preis wird dann so gestellt, daß es am unrentabelsten arbeitende Werk bei dieser geringen Beschäftigung noch hat, die Konjunkturpolitik der Kartelle automatisch veranlaßt wird.

Schlechte Zustände sind in einer ganzen Reihe anderer Industrien zu beobachten. Der Achtstundentag, modifiziert er auch bei einzelnen Unternehmungen Schwierigkeiten verursacht haben, war in seiner Gesamtwirkung weder eine Ursache zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, noch hat er die Konjunkturpolitik der deutschen Industrie beeinträchtigt. Es ist richtig, daß schlechte Unternehmer in der Geldverwertungsperiode Verluste an ihrer Substanz und an Betriebskapital erlitten haben; daran ist aber nicht der Achtstundentag schuld, denn zu derselben Zeit konnten sich viele Vermögen in anderen Branchen anhäufen und fruchtbar in der Wirtschaft einsetzen werden. In einer Darstellung der Entwicklung der großen Vermögen von 1914 bis 1924 sagt Ernst Reuter, daß das Vermögen von Hugo Stinnes von dem Kriege ungefähr 90 Millionen betragen hätte; als er im April 1924 starb, wurde es auf nur noch 10 Millionen vermindert. Die Vermögen anderer, die dem Kriege zum Opfer fielen, wurden durch den Krieg fast vollständig zerstört. Die Vermögen anderer, die dem Kriege zum Opfer fielen, wurden durch den Krieg fast vollständig zerstört. Die Vermögen anderer, die dem Kriege zum Opfer fielen, wurden durch den Krieg fast vollständig zerstört.

Gegen den Brotwucher!

Der neuorganisierte Sozialdemokratische Vereinbund hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, folgende Resolution der Öffentlichkeit zu übergeben:

John Jürgensson liegen hinter uns und schon wieder wird der Arbeiter in den nächsten Tagen mit dem neuen Kampf um die Grundlagen ihrer Existenz durch die Wirtschaft der letzten Reichstages aufgegriffen. Statt der heimatischen Produktion ist ihr Schicksal, Ausbeutung und erneute Knechtung der wertvollen Bevölkerung die Wirkung dieser Politik. Verkannt ist die Reaktion von der Volksgemeinschaft, die die Not empfinden zu empfinden. Wieder hat das Ministerium im alten und im neuen Parlament begonnen; die Not der Kinder steigt und steigt; die Lebensnot fordert neue Opfer; Tausende und Hundtausende gehen wieder durch Erziehung zugrunde.

Wieder der Behauptung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit durch den Arbeiter hinter dem letzten Kriegsjahre zurückgefallen sei, wurde aus der Arbeitszeit nicht bestritten. Was aber die Arbeitsentgelt daran schuld? Auch mit sich selbst gestellt, indem die Durchführung des Achtstundentages im Jahre 1910 ein Ergebnis der Verlängerung der Arbeitszeit und Person weniger hat; die tägliche Produktion der Arbeitszeit betrug also nur wenig mehr als eine Stunde. Berücksichtigt man, daß von der Einführung des Achtstundentages die bis dahin unorganisierten Arbeiter den größten Vorteil hatten, während die organisierten Arbeiter den größten Schaden erlitten, so ist die deutsche Wirtschaft entscheidenden Industrien betroffen sind, schon vor längerer Arbeitszeiten hatten, so kommt man zu dem Schluß, daß gerade in den wichtigsten Teilen der deutschen Wirtschaft die durch den Achtstundentag erreichte Erhöhung der Arbeitszeit kaum eine Stunde pro Arbeiter im Jahre 1910 bis 1914 über den Vorkriegsstand der Produktion um 30 Prozent betrug? Und wenn nicht der Achtstundentag war an dem Niedergang der Produktion schuld, sondern ganz andere Faktoren müßten dafür verantwortlich gemacht werden. Eine der wichtigsten Ursachen des Produktionsrückganges bildet die Vernichtung der Antriebskräfte der Erzeugnisse im Produktionsapparat und in der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft, die noch jahrelang nachwirken, die in der Inflationsperiode sogar noch verstärkt wurden. Dazu kam die Vernichtung der Rohstoffe und die Vernichtung der Förderanlagen im Bergbau. Die "Arbeitszeit-Debatte" hatte, das bekannte Unternehmern, bildeten den Maßstab für die Arbeit, daß im Bergbau ein ungeheurer Rohbau betrieben worden sei und daß eine Beförderung sei eintritt, wenn sehr kostspielige Erneuerungsanlagen ausgesetzt seien. Zu der mangelhaften Versorgung der Industrie mit Kohlen kam die Vernichtung der Maschinen, die ungenügende Versorgung mit Rohstoffen und die Vernichtung der Rohstoffe und schließlich der Mangel an Zwischenprodukten, der demnach auf die Kriegsinflation einwirkte. Am "Wiederbau", Nr. 9, Jahrgang 1923/24, machte Dr. von Siemens den Selbstmangel, die ungenügende Versorgung und die Vernichtung der Rohstoffe als die wichtigsten Ursachen der Vernichtung der Fertigfabrikation verantwortlich. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die deutsche Volkswirtschaft durch den Krieg ein Fünftel bis ein Viertel der erwerbsfähigen Männer verloren hat.

In diesen objektiven Ursachen für den Niedergang der Produktion in der Nachkriegszeit kommt die Wandlung der Phase des deutschen Unternehmertums. Die deutsche Industrie hatte nach dem Kriege auf dem Weltmarkt mit Konkurrenzbedingungen zu rechnen, wie sie ihr ähnlich niemals vorher gehabt hatte. Auf dem Auslandsmarkt hatte sie überhaupt keine Konkurrenz, fast ein Geschäft lang überließ die Nachfrage das Angebot, die Produzenten konnten den Annehmern die Preise und die Zahlungsbedingungen, ohne Widerstand zu finden, diktieren. Der Stachel der Konkurrenz blieb also aus, nicht die am besten eingerichteten, sondern die rückständigen Unternehmungen bildeten den Maßstab für die Arbeit, die die besten unternehmen und organisatorischen Fertigkeiten der deutschen Wirtschaft. Inproduktive Zwischenarbeiten konnten sich in Masse zwischen Produzent und Verbraucher einschleichen, die Gesamtwirtschaft wurde mit einer außerordentlich unproduktiven Arbeit belastet, die auf die Produktion der Waren, die die Verbraucher zu kaufen, auszubringen, ohne Vorzüge für künftige Zeiten zu treffen. Nach dem Vorbilde von Stimmes wurde nicht die technische Entwicklung gefördert, sondern man suchte sich der Konjunktur spekulativ anzupassen. Die Konjunkturschwünge wurden nicht akkumuliert, die höchsten in unproduktive Sachverwendung. Auch die Preispolitik der Kartelle und Syndikate lieferte die Entwicklung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg. Die Preispolitik ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die deutsche Wirtschaft immer unproduktiver arbeitete als die anderen westlichen Volkswirtschaften, insbesondere die amerikanische.

Auch die Preispolitik der Kartelle und Syndikate lieferte die Entwicklung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg. Die Preispolitik ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die deutsche Wirtschaft immer unproduktiver arbeitete als die anderen westlichen Volkswirtschaften, insbesondere die amerikanische. In seiner 1923 erschienenen Schrift "Erhebung der Sachwerte und Reparationsproblem" schreibt der frühere Reichler Statistiker Alfons Dörten darüber:

Man bedient sich genau wie zum Ende des Weltkriegs und im Jahre eines geringen Sachwertes und fand es bequemer, bei zurückgehendem Gewinn die Preisstrafe etwas auszuweichen, als durch festgesetzte und unbewegliche Preisbindungen zu befehlen. Wie vorher im Laufe der Zeit diese Bindungen für unsere Wirtschaft ein Hindernis und ein Schaden aus sich selbst heraus entstanden, erst seit einer Zeit von 6000 bis 7000 pro Arbeiter. Der Durchschnitt

der Leistung in den deutschen Zementwerken ist dagegen nur etwa 1000 kg pro Arbeiter. Es wird also infolge der veralteten Einrichtungen und des unproduktiven Betriebes der gleiche Arbeiter nur ein Drittel eines modernen Arbeiters leisten und der Verkaufspreis gesteigert. Anstatt nun die unterrichteten Werte voll zu betreiben und die alten Fabriken zu schließen, wird unter ungeheurer Verschwendung von Material, besonders Kohlen, ein höchstens ein Drittel des durch das Geschäft auf alle Werke gleichmäßig nach ihrem Arbeitsverhältnis vorgenommen, so daß jedes Werk nur mit einem Bruchteil seiner Leistung beschäftigt ist. Der Preis wird dann so gestellt, daß es am unrentabelsten arbeitende Werk bei dieser geringen Beschäftigung noch hat, die Konjunkturpolitik der Kartelle automatisch veranlaßt wird.

Schlechte Zustände sind in einer ganzen Reihe anderer Industrien zu beobachten. Der Achtstundentag, modifiziert er auch bei einzelnen Unternehmungen Schwierigkeiten verursacht haben, war in seiner Gesamtwirkung weder eine Ursache zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, noch hat er die Konjunkturpolitik der deutschen Industrie beeinträchtigt. Es ist richtig, daß schlechte Unternehmer in der Geldverwertungsperiode Verluste an ihrer Substanz und an Betriebskapital erlitten haben; daran ist aber nicht der Achtstundentag schuld, denn zu derselben Zeit konnten sich viele Vermögen in anderen Branchen anhäufen und fruchtbar in der Wirtschaft einsetzen werden. In einer Darstellung der Entwicklung der großen Vermögen von 1914 bis 1924 sagt Ernst Reuter, daß das Vermögen von Hugo Stinnes von dem Kriege ungefähr 90 Millionen betragen hätte; als er im April 1924 starb, wurde es auf nur noch 10 Millionen vermindert. Die Vermögen anderer, die dem Kriege zum Opfer fielen, wurden durch den Krieg fast vollständig zerstört. Die Vermögen anderer, die dem Kriege zum Opfer fielen, wurden durch den Krieg fast vollständig zerstört.

Wieder hat das Ministerium im alten und im neuen Parlament begonnen; die Not der Kinder steigt und steigt; die Lebensnot fordert neue Opfer; Tausende und Hundtausende gehen wieder durch Erziehung zugrunde.

Wieder der Behauptung, daß die Verlängerung der Arbeitszeit durch den Arbeiter hinter dem letzten Kriegsjahre zurückgefallen sei, wurde aus der Arbeitszeit nicht bestritten. Was aber die Arbeitsentgelt daran schuld? Auch mit sich selbst gestellt, indem die Durchführung des Achtstundentages im Jahre 1910 ein Ergebnis der Verlängerung der Arbeitszeit und Person weniger hat; die tägliche Produktion der Arbeitszeit betrug also nur wenig mehr als eine Stunde. Berücksichtigt man, daß von der Einführung des Achtstundentages die bis dahin unorganisierten Arbeiter den größten Vorteil hatten, während die organisierten Arbeiter den größten Schaden erlitten, so ist die deutsche Wirtschaft entscheidenden Industrien betroffen sind, schon vor längerer Arbeitszeiten hatten, so kommt man zu dem Schluß, daß gerade in den wichtigsten Teilen der deutschen Wirtschaft die durch den Achtstundentag erreichte Erhöhung der Arbeitszeit kaum eine Stunde pro Arbeiter im Jahre 1910 bis 1914 über den Vorkriegsstand der Produktion um 30 Prozent betrug? Und wenn nicht der Achtstundentag war an dem Niedergang der Produktion schuld, sondern ganz andere Faktoren müßten dafür verantwortlich gemacht werden. Eine der wichtigsten Ursachen des Produktionsrückganges bildet die Vernichtung der Antriebskräfte der Erzeugnisse im Produktionsapparat und in der Organisation der kapitalistischen Wirtschaft, die noch jahrelang nachwirken, die in der Inflationsperiode sogar noch verstärkt wurden. Dazu kam die Vernichtung der Rohstoffe und die Vernichtung der Förderanlagen im Bergbau. Die "Arbeitszeit-Debatte" hatte, das bekannte Unternehmern, bildeten den Maßstab für die Arbeit, daß im Bergbau ein ungeheurer Rohbau betrieben worden sei und daß eine Beförderung sei eintritt, wenn sehr kostspielige Erneuerungsanlagen ausgesetzt seien. Zu der mangelhaften Versorgung der Industrie mit Kohlen kam die Vernichtung der Maschinen, die ungenügende Versorgung mit Rohstoffen und die Vernichtung der Rohstoffe und schließlich der Mangel an Zwischenprodukten, der demnach auf die Kriegsinflation einwirkte. Am "Wiederbau", Nr. 9, Jahrgang 1923/24, machte Dr. von Siemens den Selbstmangel, die ungenügende Versorgung und die Vernichtung der Rohstoffe als die wichtigsten Ursachen der Vernichtung der Fertigfabrikation verantwortlich. Schließlich darf man nicht vergessen, daß die deutsche Volkswirtschaft durch den Krieg ein Fünftel bis ein Viertel der erwerbsfähigen Männer verloren hat.

In diesen objektiven Ursachen für den Niedergang der Produktion in der Nachkriegszeit kommt die Wandlung der Phase des deutschen Unternehmertums. Die deutsche Industrie hatte nach dem Kriege auf dem Weltmarkt mit Konkurrenzbedingungen zu rechnen, wie sie ihr ähnlich niemals vorher gehabt hatte. Auf dem Auslandsmarkt hatte sie überhaupt keine Konkurrenz, fast ein Geschäft lang überließ die Nachfrage das Angebot, die Produzenten konnten den Annehmern die Preise und die Zahlungsbedingungen, ohne Widerstand zu finden, diktieren. Der Stachel der Konkurrenz blieb also aus, nicht die am besten eingerichteten, sondern die rückständigen Unternehmungen bildeten den Maßstab für die Arbeit, die die besten unternehmen und organisatorischen Fertigkeiten der deutschen Wirtschaft. Inproduktive Zwischenarbeiten konnten sich in Masse zwischen Produzent und Verbraucher einschleichen, die Gesamtwirtschaft wurde mit einer außerordentlich unproduktiven Arbeit belastet, die auf die Produktion der Waren, die die Verbraucher zu kaufen, auszubringen, ohne Vorzüge für künftige Zeiten zu treffen. Nach dem Vorbilde von Stimmes wurde nicht die technische Entwicklung gefördert, sondern man suchte sich der Konjunktur spekulativ anzupassen. Die Konjunkturschwünge wurden nicht akkumuliert, die höchsten in unproduktive Sachverwendung. Auch die Preispolitik der Kartelle und Syndikate lieferte die Entwicklung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg. Die Preispolitik ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die deutsche Wirtschaft immer unproduktiver arbeitete als die anderen westlichen Volkswirtschaften, insbesondere die amerikanische.

Auch die Preispolitik der Kartelle und Syndikate lieferte die Entwicklung der Produktion schwere Hindernisse in den Weg. Die Preispolitik ist eine der wichtigsten Ursachen dafür, daß die deutsche Wirtschaft immer unproduktiver arbeitete als die anderen westlichen Volkswirtschaften, insbesondere die amerikanische. In seiner 1923 erschienenen Schrift "Erhebung der Sachwerte und Reparationsproblem" schreibt der frühere Reichler Statistiker Alfons Dörten darüber:

Man bedient sich genau wie zum Ende des Weltkriegs und im Jahre eines geringen Sachwertes und fand es bequemer, bei zurückgehendem Gewinn die Preisstrafe etwas auszuweichen, als durch festgesetzte und unbewegliche Preisbindungen zu befehlen. Wie vorher im Laufe der Zeit diese Bindungen für unsere Wirtschaft ein Hindernis und ein Schaden aus sich selbst heraus entstanden, erst seit einer Zeit von 6000 bis 7000 pro Arbeiter. Der Durchschnitt

Erhalten. Einmal. Ein Arbeiter wurde entlassen und ein Reichsbannerträger überfallen. Demte der politischen Polizei in Berlin schickte Ermittlungen an und diese führten zur Anklage von 30 Mann. Die Untersuchung, die während der letzten Reichsbanner Schöffengericht, sich organisatorisch zusammengeheftet zu haben. Nach zweiwöchiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Bauer wurde wegen Betragens gegen § 128 und § 129 des Strafgesetzbuchs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Sechs weitere Angeklagte zu 3 bis 6 Monaten Gefängnis, 25 Angeklagte wurden freigesprochen. Das ist nun das Ende dieser kommunistischen "Allianz". Die internationalen Freischützen auf Schloß Regen erziehen sich besten Wohlergehens, während die Bezirkslisten ins Gefängnis wandern.

Schwerer Verhaftung eines Kommunisten. Aus Döbeln in a d meißer Kreis. Was der Kommunistische Arbeiter in a d meißer Kreis werden sollte, hat er aus dem Gefängnis an die in der verfallenden Schule und Winterferien. Ein Kriminalbeamter und ein Schulung wurden durch Schüsse verletzt, eine Frau durch einen Schuß in den Bein sofort getötet. Die Verhaftung des Verhafteten, der hier auf sein Raubverbrechen hatte, wurde in einem Automaten fortgesetzt, und sich wurde schließlich verhaftet.

Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie.

Einmütige Annahme eines neuen Parteiprogramms.

Am Sonntag des Montag tagte hier der Parteitag der Schweizer Sozialisten, an dem 70 Delegierte für 120.000 Mitglieder teilnahmen. Der bisherige Vorläufer, Nationalrat A. Hart, wurde als Vorläufer wiedergewählt. Der Parteitag Parteitag schloß in Bern. Das neue Parteiprogramm wurde einstimmig angenommen. In ihm wird die 48-Stunden-Woche gefordert und die grundsätzliche Schlußfolgerung durch das Volk sowie die Teilnahme der Arbeitererschaft am Bundesrat verlangt.

Die Ursachen in Afghanistan. Berichte aus Afghanistan besagen, daß zwei künftige Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und Aufständischen im Gebirgsgebiet stattgefunden hätten. In dem ersten schloß sich die Aufständischen 500 Tote und im zweiten deren 500 getötet haben.

Wirtschaftspolitik. Besserung des Wirtschaftslebens?

Im Laufe der verflochtenen Woche hat eine Reihe von Anträgen in dem parlamentarischen Ausschuss, die die Wirtschaft des Reiches zu verbessern, so ist nach dem Eintritt des Winters mit einer erheblichen Besserung des Wirtschaftslebens zu rechnen. Die Besserung schließt sich zu verbinden und auf Grund so verschiedener Ursachen, daß es schwer ist, ein einheitliches Bild zu zeichnen. Am leichtesten ist es die Wirtschaftspolitik nach dem Stande aus. Das ist besonders für den wirtschaftspolitischen Ausschuss, während das Siegerland Erzeugnisse, wo so ziemlich alles zusammengebrochen ist, müßte Unterstützung sein. Kritisch scheint sich die Lage des Bergbaus im Kaiserlichen Handgebiet, den die Kohlenindustrie infamistisch hochgeachtet hat und der jetzt unter Konkurrenz der veralteten heimischen Braunkohle nachgeben geworden ist, zu gestalten. Auch der Bergbau hat noch solche Schwierigkeiten, während a. B. im Reich und Bitterfeld Neugier und der Bergbau vollständig aus dem Blickfeld der Politik und der Wirtschaft. Eine Ausnahme ist die Wirtschaft in dem Gebiet der Kontrolle über 50 Prozent der Gesamtproduktion.

Über unheimlich wie in der Wirtschaft, ist die Entwicklung in der Metallindustrie, besonders werden die Ursachen der Weltindustrie bisher noch immer nicht genügend beurteilt. Die Weltindustrie wird nur da von dem Staat, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen. Was hinsichtlich des Exportes über den Bergbau, sein können, was hochgelangt werden für die Wirtschaft, aus der Erzeugung, maßgebend. Der haben sich teilweise die Ursachen abgeleitet; so soll a. B. für kleinere heimische Verarbeitungsanlagen gute Subventionen nach Italien, Spanien, England und Amerika bestehen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 9. September.

Parteifabrikanten.

Ortsverein Halle der SPD.

Am Donnerstag, dem 11. September, finden in folgenden Lokalen

Ortsbezirks-Versammlungen

- Ortsbezirk 1: 'Volkspark', Burgstraße 27.
2: 'Sportrestaurant', Goethestraße 26.
3: 'Gemeinschaftshaus', Herz 42/44.
4: 'Alemannischollen' Berliner Straße.
5: 'Drei Könige', Nr. Mannstraße 7.
6: 'Ankers', Alter Markt 4.
7: 'Feuerwache', 'Zild'.

Am Freitag, 12. September, tagt der Ortsbezirk 7 bei Leuchte, Schmiedestraße 97.

In allen Versammlungen werden besprechende Referate gehalten, sowie wichtige Parteifragen eingehend besprochen. Es ist daher Pflicht jedes Parteigenossen, die Versammlungen zu besuchen.

Der Jahrmarkt.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Der Jahrmarkt ist auch diesmal dem hallischen Jahrmarkt gleich zu sein. Ganz vornehmlich ist alles allerdings bis zum Beginn des diesjährigen Herbstmarktes die Sonne heizt auf den Jahrmarkt herab, und das schöne Wetter lockt denn auch am Sonntag eine Menschenmenge nach dem Jahrmarkt, wie dieser wohl nie gesehen hat.

Auch die Halle'sche Presse - von der 'Hallischen Zeitung' bis zu den 'Hallischen Nachrichten' - hatte Interesse die von Einführung

Neue Bestimmungen zur Erwerbslosenfürsorge.

Die Neuordnung der Erwerbslosenunterstützung enthält, wie der Antifische Preussische Reichstag einen Teil des Ministeriums für Volkswohlstand entnimmt, abgesehen von der allgemeinen Erhöhung der Höhe und der härteren Steigerung der Unterhaltungen für Frauen

Die Gleichstellung der weiblichen Erwerbslosen mit den Männern entspricht einer Forderung, die wir immer vertreten haben. Sie ist aber nur zum Teil erfüllt, da die Unterhaltungen für Frauen nicht einmal

Arbeiterwohlfahrt (Kindergruppe).

Abt. Donnerstag Abend 7 Uhr spielt Kaiserin im kleinen 'Volkspark'-Saal. Die Aufführung bietet alle Kaiser-Standbilder

* Festes Sommerfest im 'Volkspark'. Heute Abend wird das Mittelnachts-Diner bei der Halle im Rahmen der Sommer-

* Mitteldeutscher Angestelltenrat. Der Zentralverband der Angestellten veranlaßt am 13. und 14. September in Halle a. S. den

* Ertragsanbau durch die Pflanzenkultur. Die neue Linie der Ertragsanbau durch die Pflanzenkultur wird durch den Ministerium

* Fällige Rentenansprüche am 30. März. In der letzten Zeit sind in mehreren Orten Nord- und Mitteldeutschlands fällige Rentenansprüche

* Schwere Verletzung. Am Sonnabendnachmittag schlug auf dem alten Löhninger Bahndamm ein schwerer Wagen ein. Der Fahrer

* Von einem Verurteilten überfahren. Am Sonnabendnachmittag wurde ein Verurteilter von einem Verurteilten überfahren. Der Fahrer

* Nachfahrereinfälle. Gestern nachmittag stieß in der Merseburger Straße ein Motorradfahrer mit einem Sanitätsfahrzeug zusammen.

* Von einem Verurteilten überfahren. Am Sonnabendnachmittag wurde ein Verurteilter von einem Verurteilten überfahren. Der Fahrer

* Von einem Verurteilten überfahren. Am Sonnabendnachmittag wurde ein Verurteilter von einem Verurteilten überfahren. Der Fahrer

Die neue Fürsorgepflicht in der Praxis.

Von Bürgermeister Dr. Meets.

Die heute unrichtige Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 15. Februar 1924 ist nun seit vier Monaten in Kraft getreten und

In rein organisatorischer Hinsicht bringt die Verordnung manchen Fortschritt. Schon seit vielen Jahren ist von der Sozialdemokratie die Aufhebung des alten Unterhaltungs-

Was die Organisation der Fürsorge anbetrifft, so ist bestimmt worden, daß die neu zu bildenden Landesfürsorgeverbände die Provinzialverbände sind. Sie sind also die Nachfolger

Über Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge ist durch Grundzüge der zuständigen Reichsminister bestimmt worden. Eine neue Gruppe von Fürsorgepflichtigen ist die Unterhaltung ein

Die Praxis hat sich bisher gegenüber, einmütigen nach den Wünschen nachkommen, daß aber in den Landkreisen in dem Maße vor vieles im Augen liegt. Häufig ist noch anzutreffen

Viele Fürsorgeverbände begründen die Mangelhaftigkeit ihrer Fürsorgeleistungen mit dem Mangel an Mitteln. Nichts ist, daß die Gemeinden heute schwerer unter der wirtschaftlichen Not zu leiden haben.

Die neuen Ausführungsbestimmungen regeln nun auch das Nachmittelfahren. Nach der preussischen Verordnung steht den Fürsorgeverbänden gegen Verlangen von Fürsorgepflichtigen

den der bürgerlichen Meute und der Wahlpropaganda, es ist
Wahlrecht getrieben. Es erfolgt Annahme des Entwurfs.
Wahlrecht über die "Wahl" im Inneren haben mehrere
Wahlrecht beantragt. Sarghord (Wirt, früherer Gemeindevor-
steher) erklärte, daß wegen bestehender Eintragsverträge der Bau
an der Straße bisher nicht möglich sei, während man andererseits
behauptet, es seien persönliche Gründe vorhanden, die nicht mo-
gen man für bevorzugen verachtet. Es wurde beschlossen,
die Straße, die etwa 1000 M. Gesamtlänge betrug, zu bauen,
wenn es gelang, das Geld dafür zu beschaffen. Der Gemeindevor-
steher erklärte, daß der Bau für Frühjahr 1923 nicht möglich
sei. Bei der Beratung eines Antrages betr. Wählung eines Auf-
sichtsrates kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen
Sarghord und Wölke (Komm.), wobei letzterer dem letzteren Be-
zug auf den Gemeindevorsteher während seiner Tätigkeit als
Gemeindevorsteher nach der Resolution vorwerft, wegen Wölke
die Wählung wurde beschlossen. Die Entscheidung des
Stimmzettelers wurde von 150 M. auf 200 M. pro Vor-
einigen Antrag der Honorarbeschleunigung auf Erhöhung ihrer
Entschädigungen von 35 auf 50 M. pro Stunde wurde zugestimmt.
Auf einen Antrag, der eine Denkmalsangelegenheit war es nicht
möglich, sich zu äußern, so wie es sich, als die Verhandlung
fragen eines Vertreters gab der Gemeindevorsteher immer nur
ausweichende Antworten. Also die ganze Sache hat einen ziemlich
düsteren Hintergrund. Will man vielleicht Wimmelnung nun an
den Ort kommen lassen mit einem politischen Hintergrund?
Es ist nicht zu bestreiten, daß die Gemeinde nicht ohne
Wohlstand den Bau des Denkmals ausführen, sondern nur sehr
schwer beschaffen wird, das Geld aus dem Wege der Sammlung
zu beschaffen. Trotzdem man zum Bau der sehr notwendigen
Brücke angeht das Geld nicht nur sehr schwer beschaffen
wird, sondern auch noch 7 gegen 4 Stimmen angenommen.
Gegen Gesellschafterung haben wir nichts einzuwenden, aber
kann auf andere Weise gesehen. Unter den Antraggebern sind
sich ein Vertreter der Vereinigten Liste und drei Kom-
munisten. Sind die anderen drei von der erieren Liste? Sie
haben ihren Vertreter nicht repräsentiert und sich zum
Spielball nationalistischer Instanzen gemacht. Wölke, im
Ursprünglich, als wenn ein bürgerlicher Angst vor dem Herrn
Sarghord mitgeteilt hätte, oder nicht? Warum denn so ein
schlechtes Schicksal der Hand? Man sollte es wohl nicht so sehr
schwer sein, wie man uns das für die Zukunft merken müssen!
Die Herren von der Vereinigten Liste sollten in Zukunft
darauf achten, etwas weniger Propaganda zu betreiben, das
was die ganze Sache beschleunigt. Eine Antragsnahme eines
Weihnachtsfestes an die Arbeiterinteressen in Höhe von
30 M. vorzubereiten, fand "Unterstützung. Die Beschaffung der
Arbeitskräfte nicht mehr durch die Domäne, sondern direkt durch
die Regierung.

Kewerkchaftsbewegung. Deutscher Bauwerksbundstag.

In der Abendung des dritten Verhandlungstages wird mit
der Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung, "Lohn-
bewegung und Tarifverträge", begonnen, zu dem Vizepräsident
des Bundesvorstandes das einleitende Referat hält. Er geht zunächst
auf die fernerige Zeit der Inflation ein und betont, daß auch
die Tarifbewegung nicht ohne die Inflation zu denken ist, sondern
Verhältnis war. Ein nicht unrichtiger Gedanke, das typische
von dem Einfließen der Inflation zu berücksichtigen. Aber
noch nie seien für diese Erfolge so gewaltige Anstrengungen und
so große Opfer notwendig geworden wie im ersten Halbjahr 1924.
Diese mühevolle Arbeit muß werden, so vom Bauwerksbund ein
neues Tarifverhältnis zu beschaffen werden soll. Die neue
tarifliche Zustand vorläufig beschaffen werden soll. Wie
empfehlen zum Schluss Annahme der Entschließung zum Inhalt
eines Reichsarbeitsvertrages. Otto vom Bundesvorstand macht
zum Gegenstand. Er nimmt im besonderen auf Grund einer
angelegenen Entschließung gegen die Einführung der Arbeits-
gerichtsbarkeit der Jugend Stellung.

Nach 9 1/2 Uhr werden die Beratungen auf Sonnabend 9 Uhr
verlegt.
In der Vormittagsung des vierten Verhandlungstages erhält
Sarghord im Namen des Bundesvorstandes das Wort zu einem
Referat über die Frage der Arbeitsgerichtsbarkeit. Er wendet auf die
Beratung der Organisation, die den verschiedenen Berufsständen
vorzustellen hin und betont, daß auf Grund dieser Besprechungen
sich in allerhöchster Zeit der Bau des Mittelstands
als ein Angriff genommen werde. Die Arbeit werde nicht
aus Reichsminister, sondern durch eine gemeinschaftliche Ge-
sellschaft mit ausländischer Kapitalhilfe durchgeführt. Weiter
sei von einer großen Arbeitsgerichtsbarkeit unter dem Namen "Reichs-
tarifvertrag" die Einführung von Lohn und in großen Maße vor-
bereitet worden. Der Plan sehe vor, innerhalb 10 Jahren 600 000
bis 800 000 Kleinrenten und Bauernstellen einzurichten. Nach
längeren Ausführungen richtet der Redner an alle Funktionäre
und Organisationsleiter der Bauwerksverbände, die sich dieser
samtlich zuzuwenden. — In der Vesperrede äußert sich ein
Redner als grundsätzlicher Gegner des Reichsarbeitsvertrages.
Anderer warnt vor zentralen Regelungen. Allgemein wird gegen
die letzte Form der Reichsarbeitsverträge Stellung genommen. Im
Schlußwort erhebt sich vom Bundesvorstand, nachdem die
Entscheidung zum Inhalt der Entschließung zum Reichsarbeits-
vertrag die Entschließung zum Reichsarbeitsvertrag angenommen, in der es u. a.
heißt:

"Der Bundesstag billigt die ablehnende Stellungnahme des
Bundesvorstandes und Bundesbeitrags zum Reichsarbeitsvertrag vom
16. Juli 1924, der die Bauarbeiter verpflichtet hätte, während
6 Monaten im Jahre 28 Stunden wöchentlich zu arbeiten und
weitere Verpflichtungen der abzuheftenden Reichsarbeitsvertrages
anzunehmen. Der Bundesstag lehnt eine regelmäßige und unregelmäßige
Leberführung des Reichsarbeitsvertrages und der 48-Stunden-
Wochen mit aller Entschiedenheit ab. Der Bundesstag will nicht
die Leberführung des Reichsarbeitsvertrages widersprechen. Wenn
als notwendig und unabweisbar notwendig sind, so können und dürfen die örtlichen
oder beruflichen Organisationen solche vereinbaren. Als Mittel
der Notwendigkeit gilt insbesondere eine zuge und anhaltende
Bauarbeiterbewegung muß sich bilden, die zuge und anhaltende
Leberführung müssen mit einem Ziel auf das dem Reichsarbeits-
vertrag entgegen."

Die Entschließung spricht sich weiter gegen die Affordarbeit im
Baugewerbe aus sowie gegen eine Verschlechterung des Zustandes,
der den jungen Bauarbeitern zwei Jahre nach beendeter Lehrtätigkeit
den vollen Tariflohn gewährt. Ferner wird die Resolution der
Arbeitsgerichtsbarkeit für die Bauarbeiter in der Reichsarbeits-
vertrag. Unter Abwägung der von den Internierten geäußerten
Versicherungen soll nach der Entschließung der Reichsarbeits-
vertrag angelehrt werden. Einleitend eine
Annahme nach ferner folgende Entschließung zur Arbeits- und
Wahlrecht:

"Der erste Bundesstag des Deutschen Bauwerksbundes stellt
fest, daß die Zeit, wie im Deutschen Reich in den letzten Jahren
sogenannte Reichsarbeitsverträge vorgenommen wurden, für die im
Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ein Mittel zur Verschlechterung
ihrer Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen wurde. Die Bau-
arbeiter müssen es als einen von der Reichsarbeitsvertrag ange-
legenen Verschlechterung betrachten, wenn die Regierung durch
Reichsarbeitsvertrag und die Reichsarbeitsverträge für allgemeiner
erklärt und hinterher durch die Bestimmungen verlangt, daß
als Entgelt für handwerkliche Arbeit die Erwerbslosenunterstützung
genügen soll. Die einander widersprechenden Bestimmungen"

nehmen, die gleichzeitig das Ansehen der obersten Reichsbehörden
schaden, fügen hinzu, daß die Bauarbeiter den Reichsarbeitsvertrag
nicht annehmen, das die durch "Reichsarbeitsvertrag" ausgeübten Arbeiten
wirtschaftlichen Gründen, daß für alle Bauarbeiter entweder der
tarifvertragliche Lohn oder, wo ein Tarifvertrag nicht
besteht, der für Bauarbeiter übliche Lohn gezahlt wird. Nichts-
destoweniger in der bisher betriebenen Weise weniger teuer als die
Bauarbeitern zum Tariflohn angesetzt. Die fernerige
Zweck sollte sein, die Erwerbslosen von Reichsarbeitsverträgen
und ihre Moral dadurch zu stärken, daß sie für die ihnen von der
Allgemeinheit zuzulassende Unterbringung eine Gegenleistung in
Form von Arbeit bringen sollten. Erreicht wurde, daß in den
meisten Fällen die Angehörigen der Erwerbslosenunterstützung
an Erwerbslosen angewandten Arbeiter erwerbslos wurden, oder in
ihrer Leistung zurückblieben mußten, um sich der Arbeit anzupassen."

Obwohl wurde eine Entschließung zur Arbeitsgerichts-
barkeit angenommen. U. a. wird darin gesagt: "Wir bekräftigen
unsern Standpunkt, daß die durch "Reichsarbeitsvertrag" ausgeübten Arbeiten
wirtschaftlichen Gründen, daß für alle Bauarbeiter entweder der
tarifvertragliche Lohn oder, wo ein Tarifvertrag nicht
besteht, der für Bauarbeiter übliche Lohn gezahlt wird. Nichts-
destoweniger in der bisher betriebenen Weise weniger teuer als die
Bauarbeitern zum Tariflohn angesetzt. Die fernerige
Zweck sollte sein, die Erwerbslosen von Reichsarbeitsverträgen
und ihre Moral dadurch zu stärken, daß sie für die ihnen von der
Allgemeinheit zuzulassende Unterbringung eine Gegenleistung in
Form von Arbeit bringen sollten. Erreicht wurde, daß in den
meisten Fällen die Angehörigen der Erwerbslosenunterstützung
an Erwerbslosen angewandten Arbeiter erwerbslos wurden, oder in
ihrer Leistung zurückblieben mußten, um sich der Arbeit anzupassen."

Obwohl wurde eine Entschließung zur Arbeitsgerichts-
barkeit angenommen. U. a. wird darin gesagt: "Wir bekräftigen
unsern Standpunkt, daß die durch "Reichsarbeitsvertrag" ausgeübten Arbeiten
wirtschaftlichen Gründen, daß für alle Bauarbeiter entweder der
tarifvertragliche Lohn oder, wo ein Tarifvertrag nicht
besteht, der für Bauarbeiter übliche Lohn gezahlt wird. Nichts-
destoweniger in der bisher betriebenen Weise weniger teuer als die
Bauarbeitern zum Tariflohn angesetzt. Die fernerige
Zweck sollte sein, die Erwerbslosen von Reichsarbeitsverträgen
und ihre Moral dadurch zu stärken, daß sie für die ihnen von der
Allgemeinheit zuzulassende Unterbringung eine Gegenleistung in
Form von Arbeit bringen sollten. Erreicht wurde, daß in den
meisten Fällen die Angehörigen der Erwerbslosenunterstützung
an Erwerbslosen angewandten Arbeiter erwerbslos wurden, oder in
ihrer Leistung zurückblieben mußten, um sich der Arbeit anzupassen."

gegen die kommunikativen Gewerkschaftsverbände
weiterhin. Weiter sind besondere Erwerbslosenunterstützung vor-
zuziehen für solche Mitglieder und Vertrauenspersonen, die gegen die
Bundesgewerkschaften verstoßen, die mit bundesinterdisziplinären
Parteien und Organisationen, wie der Roten Gewerkschaftsinter-
nationalen, zusammenarbeiten, oder auch in anderen Fällen, die
Bundesgewerkschaften oder die Arbeitervereine angegriffen. Beschlüsse
wird ferner eine Neuregelung der Beiträge und der verschiedenen
Unterstützungssätze. Die Gesamtänderungen der Satzungen wurden
gegen eine Stimme angenommen. Die neuen Satzungen sollen
am 1. Januar in Kraft treten, die Bestimmungen über Beiträ-
gen und Unterstützungssätze ab dem 1. Oktober. Die Mitglieder
wurden die Bestimmungen für Lohnbewegungen und Arbeitsstellen
im wesentlichen wieder bestätigt. Anschließend wurde aus
einer Entschließung zur tariflichen Gestaltung des Reichsarbeits-
vertrages über die notwendigen Schritte beschlossen. Die Angehörigen
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsarbeitsvertrag wurde die
Ausarbeitung der Wahl des Vorstandes überlassen. Gegen eine
Stimme wurden genehmigt: A. P. P. am Vorabend, V. P. P.
am ersten Stellvertreter und S. C. C. am zweiten
Stellvertreter. Der übrige Teil des Bundesvorsitzes bleibt in
den bisherigen Zuständen bestehen. Die Angelegenheiten
des Reichsarbeitsvertrages sind im Oktober 1924 wieder
jedem für die Angelegenheiten im "Grundstein" aus zur
Neuregelung der Anstellungsbedingungen der Angestellten des
Baugewerksbundes wurde ein Kommissionsentwurf angenommen.
Der den Angestellten allgemein vom 1. September an eine 30pro-
zentige Gehaltssteigerung zuzurechnen. Zusätzlich der Wahlen der
Repräsentanten zum nächsten Reichsar

